

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Eskalation um Haushalt hätte vermieden werden können

Einen Führungsanspruch hatten SPD und BIG nach der Kommunalwahl im letzten Jahr für sich reklamiert. Diesem eigenen Anspruch ist das Bündnis in der Ratssitzung nicht gerecht geworden, indem Genossen und Bürgerpartei völlig ohne Not, führungslos den Haushalt gegen die Wand fahren ließen.

Die GRÜNEN versuchten zuvor noch vor einer Eskalation zu warnen. "Sie werden mit großer Wahrscheinlichkeit für den vorliegenden Haushaltsentwurf hier und heute keine Mehrheit finden", hatte der grüne Fraktionsvorsitzende Mario Herrmann in seiner Haushaltsrede ausgeführt. „Ich appelliere daher an Sie, heute keinen Versuch zur Etatverabschiedung zu unternehmen,

sondern die beschlossene Haushalts- und Strukturkommission einzuberufen und dort ruhig und besonnen mit allen Fraktionen erneut über die Beratungsergebnisse aus dem HFA zu reden“. Doch dieses Angebot, das auch Vertreter der CDU und der FDP unterstützen, schlugen SPD und BIG trotz fehlender Mehrheiten aus. Selbst Bürgermeister Ulrich Roland, dem als oberster Verwaltungschef an einem durch eine breite Mehrheit verabschiedeten und getragenen Haushalt gelegen sein sollte, unternahm keine Anstalten, eine vermittelnde Rolle einzunehmen und für Kompromisse zu werben, sondern trug bewusst zur Verhärtung der Fronten bei.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Bekam keine Mehrheit für seinen Haushalt:
Bürgermeister Ulrich Roland (SPD)
[Fotomontage: Grüne]

Abb. Stimmverhältnis im Rat:



(Fortsetzung von Seite 1)

Die von CDU und GRÜNEN mit getragene Mehrheit hatte deutlich gemacht, dass vor dem Hintergrund steigender Ausgaben und auf 83 Millionen Euro explodierenden Schulden ein „Weiter so“ nicht akzeptiert werden könne. Im Haushalt müsse sich der deutliche Wille zur Konsolidierung widerspiegeln. „Einer weiteren Ausgabensteigerung bei unserer Finanzsituation Einhalt zu gebieten und dem maßgeblich durch SPD, BIG und Bürgermeister zusätzlich aufgeblähten Haushalt die Zustimmung zu verwehren, war die absolut richtige Konsequenz, die wir

ziehen konnten“, betont Herrmann für seine Fraktion. Es reiche nicht aus, die Einnahmenseite durch Steuern- und Gebührenerhöhung aufzubessern. Wichtig seien nachhaltige Strukturveränderungen, mit denen die stetig steigenden Ausgaben gesenkt werden könnten.

Es hatte aber den Anschein, als wäre der SPD-Fraktionsvorsitzende, Michael Hübner, mit dem politischen Chaos, in das er sein Bündnis in der Ratssitzung geführt hatte, absolut überfordert und schien von daher für sich den Schluss gezogen zu haben, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen,

anstatt sich aktiv um Korrekturen zu bemühen. Statt die Sitzungsunterbrechung für eine Kompromissuche mit den anderen Fraktionen zu nutzen, erzwang das Bündnis aus SPD und BIG eine geheime Abstimmung, in der es gemeinsam mit dem Bürgermeister scheiterte. „Soweit hätte es nicht kommen müssen“, macht Herrmann nochmals deutlich. „Nach den hitzigen Debatten im Rat hoffen wir, dass nun die Besonnenheit obsiegt und wir gemeinsam den Scherbenhaufen zum Wohle der Stadt wegkehren.“ Nun gilt es einen Haushalt aufzustellen, der durch die breite Mehrheit getragen wird.



Der Schuldenberg wächst...

„Nichts geht mehr! - Aber wie lange noch?“ Haushaltsrede von Mario Herrmann

Mit nachfolgender Rede bewertete Mario Herrmann, Vorsitzender der Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2006:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Nichts geht mehr – Aber wie lange noch?“ – lautet die Überschrift des letzten Kommunalfinanzberichts des Regionalverbands Ruhr und könnte damit auch ein ironischer Titel unserer diesjährigen Etatberatungen sein. „Stell dir vor, du hast keinen genehmigten Etat und niemand merkt es!“ könnte man ebenfalls sagen. Genau das traf nämlich bislang für die Stadt Gladbeck zu. Trotz wachsenden Defizits, trotz einer Konsolidierungsperspektive, die eher im Reich der Fantasie als in einem wirklich überschaubaren Zeitrahmen anzusiedeln ist, waren die Auswirkungen der Genehmigungspflicht jeder einzelnen Maßnahme bisher nur in Ausnahmefällen spürbar.

Das muss und wird aber sicherlich nicht so bleiben. Nur unbeirrbar Optimisten – man kann sie auch Träumer nennen – können wirklich daran glauben, dass von einer

schwarz-roten Bundesregierung mehr für die Städte und Gemeinden zu erwarten ist als von den vorhergehenden rot-grünen bzw. schwarz-gelben Regierungen. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich die Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern, aber die bisherige großzügige Genehmigungspraxis bei städtischen Ausgaben auf den Prüfstand kommen wird. Erst dann werden wir auch in Gladbeck wirklich erfahren, was die Bedingungen eines nicht genehmigten Etats bedeuten können.

Zu Recht verlangen die Bürgermeister und Kämmerer der Städte vom Kreis verstärkte Anstrengungen beim Sparen. Das ist auch dort angekommen und wird wohl die Unterwerfung unter ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept nach sich ziehen. Dauerhaft wirksame Einsparpotenziale sind auch dort ohne Frage vorhanden. Allerdings werden die Gladbecker Kreistagsmitglieder – ab Januar immerhin stolze zehn in allen Fraktionen – auch darauf achten müssen,

dass wir uns nicht ins eigene Fleisch schneiden: Der auf den Weg gebrachte Neubau am Gladbecker Berufskolleg ist viel zu notwendig und wird schon viel zu lange versprochen, als dass wir uns hier erneute Verzögerungen leisten könnten. Das würde auch nicht in die allgemein getragene Linie der Stadt passen, wonach Investitionen in die Ausbildung auch angesichts klammer Kassen unverzichtbar sind.

In einem jedoch kann der Kreis als Vorbild dienen: Eine Haushalts- und Strukturkommission gibt es dort bereits seit längerem. Ohne Denkverbote und Tabus werden dort ruhig und sachlich unter Beteiligung von Politik und Verwaltung alle erdenklichen Einsparmöglichkeiten diskutiert. Wir begrüßen es, dass eine derartige Runde nun auch in Gladbeck installiert wird. Den Bürgermeister fordern wir auf, dies als Chance zu begreifen und sich mit seiner Verwaltung aktiv zu beteiligen. Wenn Sie, Herr Roland, ihre Skepsis nicht aufgeben und aus dem Hause nicht genug Input und Unterstützung kommt, wird eine solche Arbeitsgruppe schnell zum unverbindlichen Kaffeekränzchen, für das niemand seine Zeit opfern möchte!

(Fortsetzung auf Seite 3)

„Neben den an vielen Stellen bereits aktivierten internen Sparpotenzialen verbergen sich weitere vor allem hinter dem Stichwort , Kooperation!“



Mario Herrmann ist Vorsitzender der Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck.



Die Mehrheit des Rates versagte dem Haushaltsentwurf seine Zustimmung.

(Fortsetzung von Seite 2)

Neben den an vielen Stellen bereits aktivierten internen Sparpotenzialen verbergen sich weitere vor allem hinter dem Stichwort „Kooperation“. Es gibt keinen Grund dafür, dass aus falsch verstandenem Lokalpatriotismus heraus jede Stadt jede Aufgabe selbst erledigt, selbst wenn offensichtlich große Synergieeffekte durch interkommunale Kooperation erzielbar sind.

nem interkommunalen Gutachterausschuss mit Dorsten und Marl anschließen sollte. Hier liegen klar bezifferbare Sparpotenziale und kein Bürger wird im Alltag irgendwelche negativen Auswirkungen dadurch erfahren. Wir bleiben auch bei unserem Ziel, die Zusammenlegung der Rechnungsprüfungsämter des Kreises zu prüfen, auch wenn wir bisher hier im Rat auf taube Ohren gestoßen sind. Diese Diskussionen finden zurzeit

Jedenfalls hilft es wenig, wenn bei Erwähnung des Wortes „Kreis“ bei einigen hier ein pawlowscher Reflex einsetzt, der sachlich kaum begründbar ist. Überlegungen, ein größtenteils leer stehendes öffentliches Gebäude mitten in unserer Stadt wie das Gesundheitsamt einer sinnvollen künftigen Nutzung zuzuführen, sind gut und richtig. Der Hinweis des Kollegen vorm Walde aus dem Hauptausschuss, das Gebäude gehöre ja dem Kreis und damit müsse man sich nicht beschäftigen, zeugt meines Erachtens von einer völlig formalistischen Perspektive, die sich weigert, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Dass es nicht darum geht, ohne Not finanzielle Lasten des Kreises zu übernehmen, dürfte ja wohl klar sein. Die Menschen in unserer Stadt gehören aber sowohl der Stadt Gladbeck als auch dem Kreis an und müssen letztlich eh für beide Ebenen zahlen. Sie erwarten praktikable Lösungen, keine klein karrieren!

Meine Damen und Herren,

einmal rund um die Uhr hat der HFA vor einer Woche sehr detailliert über zahlreiche Einzelpositionen des vorliegenden Etatentwurfs debattiert. Ich will an dieser Stelle nicht erneut in all diese kleineren und größeren Auseinandersetzungen einsteigen. Vielmehr möchte ich ein Fazit aus den Beratungen ziehen.

In meiner letzten Etatrede hatte ich darauf hingewiesen, dass vor allem die SPD durch die Einbringung zahlreicher kleiner und kleinster Haushaltsstellen lediglich Geld gebunden habe, was eigentlich nicht benötigt wird. „Sie haben Sachanträge nicht in den Gremien zur Diskussion gestellt, sondern diese auf Euroscheine

geschrieben“, hatte ich Ihnen vorgehalten. Unsere Nachfragen bei den diesjährigen Beratungen haben dies eindeutig bestätigt: Für Stadtteilleforen, zur Entwicklung alternativer Finanzierungskonzepte, für ambulantes betreutes Wohnen, für den Sozial- und Familienbericht, zur Wohnungsmarktbeobachtung, zur Förderung des Fahrradverkehrs oder für eine Machbarkeitsstudie zur Beleuchtung der Marathonbahn haben sie im letzten Jahr gegen unser Votum Gelder in den Etat eingestellt. Jetzt wissen wir: Kein Cent dieser Mittel wurde ausgegeben! Unabhängig von der Sinnhaftigkeit der jeweiligen Einzelmaßnahme hat sich gezeigt, dass sie hier zehntausende von

Euro gebunden haben, die wir an anderen Stellen im abgelaufenen Jahr dringend benötigt hätten. Da streiten wir uns über kleinste Mehrbedarfe und Zusatzmittel wie die Kesselflicker und sie parkten unser nicht vorhandenes Geld an Stellen, wo es nicht benötigt wird. Wir begrüßen es, dass sie in diesem Jahr offensichtlich einsichtiger waren und von dieser Praxis weitgehend abgerückt sind.

Allerdings ändert dies nichts an der grundsätzlichen Tendenz der größten Fraktion, die Bedienung von Einzelinteressen dem offensichtlichen Erfordernis nach strengster Ausgaben disziplin unterzuordnen. Wer von uns wollte nicht mehr Geld für städtische Sportveranstaltungen, für die Unterhaltung von Sportanlagen oder neue Medien in der Stadtbücherei zur Verfügung stellen? Wie leicht es ist, endlos Wünschenswertes zu fordern, wenn man sich eh nicht in der Verantwortung für die Stadt insgesamt sieht, beweist ja die DKP ein ums andere Mal. Von der größten Fraktion dieses Hau-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Rechtliche Grundlage

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen (GO) regelt die Aufstellung des Haushaltes und die an den Haushalt gesetzten Anforderungen:

§ 71 (2): Der Haushalt muss in jedem Jahr ausgeglichen sein.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung wies einen Fehlbetrag von 42 Mio. Euro auf. Ausgaben von 169 Mio. Euro standen Einnahmen von 127 Mio. Euro gegenüber.

(4) Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufzustellen und darin der Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Der Haushaltsausgleich ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen. Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr die Einnahmen die Ausgaben (ohne Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren) decken werden. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Das Gladbecker Haushaltssicherungskonzept geht erst im Jahr 2023 von einem ausgeglichenem Haushalt aus. Der Ausgleich erfolgt also nicht im vierten, sondern erst im 17. auf das Haushaltsjahr folgende Jahr. Der vorgelegte Haushalt ist demnach gemäß Gemeindeordnung nicht genehmigungsfähig! Dadurch ergibt sich die sogenannte „Vorläufige Haushaltsführung“ nach § 81 GO (siehe nächste Seite).

Natürlich kennen wir alle Gladbecks Geschichte, den großen Einsatz der Bürger für kommunale Selbstständigkeit. Wir haben ja gerade erst einen bedeutsamen Jahrestag begangen. Daran wird sich auch nichts ändern. Für uns Grüne heißt die Devise jedoch: „Kooperation dort, wo sie ohne Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger möglich ist!“

Es gibt keinen Grund, warum sich Gladbeck etwa nicht ei-

nicht nur in Gladbeck, sondern in allen Kreisstädten sowie beim Kreis selbst statt. Hier liegen große Potenziale und auch inhaltlich sind die Argumente des Bürgermeisters und der Mehrheit wenig stichhaltig. Wir meinen im Gegenteil: Gerade bei der unbeeinflussten Prüfung von Vorgängen in der Verwaltung, was ja die zentrale Aufgabe des RPA ist, kann eine möglichst große Ferne vom Alltagsgeschäft nur sinnvoll sein.



(Fortsetzung von Seite 3)

ses, die hier auch einen Führungsanspruch erhebt, erwarten wir aber anderes. Strafschärfend kommt hinzu, dass ein Wahlkampf, der ja oft Anlass für populäre Mehrausgaben gilt, weit und breit nicht in Sicht ist.

Besonders spannend waren bei Beratungen die Positionen, bei denen die CDU moderate und die SPD weniger moderate Ausgabenerhöhungen vorsehen wollte. Hier galt dann offenbar die neue großkoalitionäre „Berlin-Rechenart“, wonach der Kompromiss aus 0 % und 2 % Mehrwertsteuererhöhung am Ende 3 % sind. So werden dann schnell mal aus 13.000 vorgesehenen Euro für den Grillplatz in Wittingen als Kompromiss aus 20.000 (CDU-Wunsch) und 25.000 (SPD-Wunsch) 32.000 Euro. Wir meinen: Diese Logik müsste eigentlich eine Änderung der schulischen Lehrpläne für den Mathematikunterricht nach sich ziehen!

Eine Aufstockung des Familienfonds, obwohl noch hohe Restmittel vorhanden sind, mehr Geld für die Stadionunterhaltung, obwohl von der Verwaltung gar nicht angefordert und so weiter, und so fort: Wieso gibt sich die SPD so spendabel? Vielleicht mangelt es an Vorbildern. Bürgermeister Roland nimmt diese Funktion jedenfalls nicht entschieden genug wahr. Intelligente Lösungen aus dem eigenen Hause, wie man zum Beispiel durch Verkaufserlöse anderenorts neue Spielplätze, wo sie benötigt werden, finanzieren kann, werden von Herrn Roland nur halbherzig umgesetzt – wenn überhaupt, was noch zu beweisen ist. Presseöffentliche Bemerkungen Ihrerseits, Herr Bürgermeister – Zitat: „Es gibt auch ein Leben nach dem § 81“ – sind wenig geeignet, Haushaltsdisziplin in den eige-

nen Reihen zu befördern. Hier hätten wir gern weniger einen selbsternannten „politischen Bürgermeister“ als vielmehr einen „vorbildlich sparsamen“ Bürgermeister!

Die Versuche der SPD und ihres Fraktionsvorsitzenden, durch die Heraufsetzung von Einnahmeerwartungen den Eindruck erhöhter Sparbemühungen zu wecken, ist ein leicht durchschaubares und rein kosmetisches Manöver. Letztlich werden Parkgebühren oder Verwaltungsgebühren in der Höhe hereinkommen, in der sie hereinkommen. Das bleibt Kaffeesatzleserei, und wenn die Verwaltung hier eher vorsichtig kalkuliert, ist das aller Ehren wert.

Aber, meine Damen und Herren, letztlich sollte es dann ja doch über tatsächlich

erhöhte Einnahmen, sprich Steuererhöhungen, geregelt werden. Ich kann für meine Fraktion eindeutig sagen:

Für uns ist die Anpassung von Steuersätzen kein Dogma. Es kann

gute Gründe dafür geben, genauso wie dagegen. Solange jedoch periphere Interessen aus dem Etat bedient werden, sehen wir es nicht ein, über eine Grundsteuererhöhung alle Haushalte dieser Stadt zu belasten. Natürlich treibt allein die Erhöhung der Grundsteuer niemanden in die Armut. Aber wir dürfen doch die Großwetterlage nicht übersehen: Die Bundesregierung wird erklärtermaßen die Mehrwertsteuer um drei Prozent heraufsetzen, die Eigenheimzulage wird gestrichen und die schwarz-gelbe Landesregierung wird uns eine Erhöhung der Kinderbetreuungskosten bescheren. All das belastet unsere erklärte gemeinsame Perspektive, Gladbeck als Wohnstandort für junge Familien attraktiv zu halten

und weiter auszubauen. Mit der Erhöhung der Grundsteuer legen sie dieser Stadt einen weiteren Stein auf den Weg in die Zukunft. Unsere Nachbarnstadt Dorsten, mit der wir bei aller Freundschaft in direkter Konkurrenz um eben diese Einwohnerschaft stehen, reibt sich angesichts niedrigerer Sätze dort vermutlich die Hände – was man gut verstehen kann! Bündnis 90 / Die Grünen wollen eine weitere Gefährdung dieser Gladbecker Zukunftsperspektive nicht mittragen und lehnen daher eine

solche Steuererhöhung zurzeit ab!

Meine Damen und Herren,

Gladbeck braucht für die Zukunft beides: Eiserne Sparsamkeit wo irgend möglich, bei gleichzeitiger Sicherung und Weiterentwicklung der Infrastruktur. Daher begrüßen wir alle Initiativen, bei denen Engagement jenseits des Rathauses zusätzlich aktiviert werden kann. Das gilt für ehrenamtliches Engagement in Sportver-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Rechtliche Grundlagen

Aus einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt folgt die „vorläufige Haushaltsführung“ nach § 81 GO:

§ 81 (1) Ist die Haushaltsführung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Gemeinde ausschließlich

- *Ausgaben leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Vermögenshaushalts, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Haushaltsansätze oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren, fortsetzen,*
- *Realsteuern nach den Sätzen des Vorjahres erheben,*
- *Kredite umschulden.*

Dadurch, dass die Mehrheit des Rates dem vom Bürgermeister vorgelegten Haushaltsentwurf ihre Zustimmung verweigert hat, tritt folgende Ergänzung in Kraft:

§ 75 (7) Ist im Fall des Absatzes 4 die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, gelten ergänzend zu den Regelungen des § 81 die nachfolgenden Bestimmungen vom Beginn des Haushaltsjahres - bei späterer Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vom Zeitpunkt der Beschlussfassung - bis zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes:

- *Die Gemeinde hat weitergehende haushaltswirtschaftliche Beschränkungen für die Besetzung von Stellen, andere personalwirtschaftliche Maßnahmen und das höchstzulässige Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts sowie die Regelungen zur Nachweisführung gegenüber der Aufsichtsbehörde zu beachten, die durch Rechtsverordnung des Innenministeriums im Einvernehmen mit dem Finanzministerium festgelegt werden.*
- *Der in § 81 Abs. 2 festgelegte Kreditrahmen kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde überschritten werden, wenn das Verbot der Kreditaufnahme andernfalls zu einem nicht auflösbaren Konflikt zwischen verschiedenen gleichrangigen Rechtspflichten der Gemeinde führen würde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.*

(Fortsetzung von Seite 4)

einen oder bei den Freunden der Galerie genauso wie für Unternehmen, die in die Zukunft Gladbecks investieren. Mit Sorge nehmen wir die anhaltende Demontage des Entwicklungsprojekts Schlachthof durch die SPD zur Kenntnis. Hier wird schleichend durch immer neue Nadelstiche eine für die Entwicklung der Innenstadt zentrales Projekt gefährdet. Auch anderswo, z.B. an der Bottroper Straße in Ellinghorst, wurden Entwicklungsprojekte letztlich nicht mit, sondern trotz der SPD auf den Weg gebracht. Hoffentlich gelingt dies auch an anderer Stelle!

Herr Bürgermeister Roland,
liebe KollegInnen von der SPD,

Sie werden mit großer Wahrscheinlichkeit für den vorliegenden Haushaltsentwurf hier

und heute keine Mehrheit finden. Der Rat ist eben nicht der Hauptausschuss.

Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass wir es durchaus begrüßen, wenn dadurch die Verhältnisse in diesem Rat endlich einmal deutlich sichtbar werden. Was vor einem Jahr als großspurig verkündeter „Machtwechsel“ in diesem Haus gestartet ist, verpufft nun einfach. Zuerst ein feierlicher Koalitionsvertrag mit der BiG, ein paar personelle Brosamen für die ansonsten nicht weiter beachtete kommunistische Fraktion als Gegenleistung fürs Mitstimmen bei der Besetzung von Pöstchen und Gremien – und nun ist der Löwe Roland doch als der sprichwörtliche Bettvorleger gelandet.

Aber: Das ist für uns nicht das wichtigste. Es geht in erster Linie um Gladbeck. Wir haben in der Vergangenheit für die

Finanzen dieser Stadt Verantwortung übernommen und wollen dies auch weiterhin tun. Dazu muss allerdings der finanzielle Ernst unserer Lage im Etat einen Widerhall finden. Das ist zurzeit nur unzureichend der Fall.

Ich appelliere daher an Sie, heute keinen Versuch zur Etatverabschiedung zu unternehmen, sondern die beschlossene Haushalts- und Strukturkommission einzuberufen und dort ruhig und besonnen mit allen Fraktionen erneut über die Beratungsergebnisse aus dem HFA zu reden. Wenn sie bereit sind, das Ruder mit uns in Richtung eines ernst gemeinten Konsolidierungskurses umzulegen, haben sie uns auch wieder an Bord.

Vielen Dank!

→ [Informationen zum Etat 2006](#)



Verantwortung übernehmen bedeutet auch, nachfolgende Generationen nicht mit einer Schuldenlast zu erdrücken!

Grüne Bundestagsfraktion legt Verbraucherinformationsgesetz vor

[Berlin] Die Fleischskandale in jüngster Zeit sowie zahlreiche frühere Lebensmittelkandale haben Verbraucherinnen und Verbraucher massiv verunsichert. Dabei hat die Öffentlichkeit meist nicht erfahren, wer in diese Skandale verwickelt war und wo konkrete Informationen erfragt werden können.

Es hat sich ein weiteres Mal gezeigt, dass ein gesetzliches Verbraucherinformationsrecht längst überfällig ist. Die CDU/CSU hatte entsprechende Gesetzesinitiativen der Grünen im Mai 2002 und Juni 2005 im Bundesrat verhindert.

Wir fordern: Es muss endlich Schluss sein mit nebulösen Informationstaktiken. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, die Namen beteiligter Unternehmen ohne Wenn und Aber zu erfahren. Nur ein umfangreiches Verbraucherinformationsrecht gibt ihnen dazu geeignete Mittel in die Hand. Erst damit können die Verbraucher auch selbst handeln. Eine vernünftige Informationspolitik

trüge im Übrigen auch dazu bei, verlorenes Vertrauen in die Märkte zurück zu gewinnen.

Wir haben dem Deutschen Bundestag ein gemeinwohlorientiertes, umfassendes Verbraucherinformationsgesetz zur Entscheidung vorgelegt, das die Grundrechte von Verbrauchern wahrt. Der Gesetzentwurf sieht folgende Punkte vor:

- Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten Zugang zu Verbraucherinformationen über Produkte und Dienstleistungen, die bei Behörden und Unternehmen vorhanden sind,
- Behörden erhalten das Recht, von sich aus die Verbraucherinnen und Verbraucher über bestimmte verbraucherrelevante Sachverhalte zu informieren,
- die informationspflichtigen Behörden richten Datenbanken über Missstände ein,
- ein Bundesbeauftragter schlichtet Streitfälle bezüglich

des Zugangs zu Verbraucherinformationen und

■ Ausschlussgründe, Antragsverfahren und der Schutz öffentlicher (innere Sicherheit, internationale Beziehungen) und privater (informationelle Selbstbestimmung, Geschäftsgeheimnisse) Interessen werden angemessen geregelt.

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung außerdem auf, sofortige Maßnahmen zum Abbau von Kontrolldefiziten zu ergreifen. Die Lebensmittelüberwachung bei Kommunen und Ländern muss finanziell und personell besser ausgestattet werden, damit eine unabhängige und wirksame Kontrolle gewährleistet ist. Die neue Bundesregierung muss erst noch beweisen, dass sie es mit dem Schutz der Verbraucher ernst nimmt. Der Umgang mit unserem umfassenden Verbraucherinformationsgesetz-Entwurf wird zeigen wie glaubwürdig die bisherigen Ankündigungen sind.

→ [weitere Infos im Netz](#)

„Die neue Bundesregierung muss erst noch beweisen, dass sie es mit dem Schutz der Verbraucher ernst nimmt!“



RWE muss Fragen zu Strommasten in Gladbeck beantworten

60 Prozent der der bundes-deutschen Strommasten des RWE-Konzerns sollen von Materialfehlern betroffen sein. Das berichtete das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" unter Berufung auf interne Dokumente. Unter dem Eindruck umgestürzter Strommaste im Münsterland fragen die Gladbecker GRÜNEN nun nach Zahl und Zustand der auf Gladbecker Stadtgebiet befindlichen Strommasten.

Die Risikoanalyse des Stromkonzerns gehe laut Spiegel-Recherchen davon aus, dass Masten selbst bei "gewöhnlichen Wetterlagen" umkippen könnten. Die Wahrscheinlichkeit für solche Fälle kalkulieren die RWE-Ingenieure mit "bis zu 50 Pro-

zent". Mit einer Anfrage an den Bürgermeister wollen die GRÜNEN ausschließen, dass die Gladbecker Bevölkerung aufgrund von brüchigen Strommasten gefährdet ist.

"Auch auf Gladbecker Stadtgebiet stehen Strommasten in Nähe der Bebauung oder in Naherholungsbereichen, wo sich Menschen aufhalten", so Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann. Konkret wollen die GRÜNEN daher wissen, ob auf Gladbecker Gebiet Masten bekannt sind, die vom sogenannten Sprödebruch betroffen sind. Das Risiko, dass Bürger durch umstürzende Strommasten verletzt oder gar getötet werden, kalkuliere die RWE-Studie immerhin mit bis zu 10 Prozent. Obwohl dieses Problem nach Ausführungen des Spiegels dem Konzern seit

Jahren bekannt sei, sollen die Masten aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur stufenweise innerhalb der nächsten Jahre erneuert werden. "Grob fahrlässig" finden das die Grünen angesichts der enormen Gewinne des Stromriesens.

Die Grünen fordern daher Bürgermeister Roland auch hinsichtlich seiner verschiedenen Funktionen im RWE-Konzern als Gesellschaftermitglied und Aufsichtsratsmitglied auf, "gegenüber dem Konzern mit allem Nachdruck für völlige Transparenz und im Sinne der Sicherheit der Stromversorgung und der Sicherheit von Strommasten und -leitungen einzutreten."

→ [die Anfrage im Netz](#)



RWE soll über brüchige Strommasten Auskunft geben

Verwaltung soll die städtische Stromrechnung offen legen!

Ab dem 15. Dezember müssen Energieversorger auf der Rechnung des Endverbrauchers angeben, wie der Strom produziert und wie die Umwelt dadurch belastet wird. Das sieht das neue Energiewirtschaftsgesetz vor.

Künftig werden auch in Deutschland private und gewerbliche Stromkunden ihrer Stromrechnung entnehmen können, welche Anteile die drei Segmente Kernkraft, fossile Brennstoffe sowie Erneuerbare Energien am Mix ihrer Lieferanten ausmachen. Als Basis für die Datenerhebung soll dabei das Vorjahr dienen und zum Vergleich sollen die bundesweiten Durchschnittswerte auf der Rechnung erscheinen. Ferner müssen die neuen Stromrechnungen auch Angaben über Kohlendioxid-Emissionen sowie über den radioaktiven Abfall pro gelieferter Kilowattstunde enthalten. "Das neue Gesetz schafft nicht nur Transparenz für jeden einzelnen Verbraucher in Gladbeck - besonders interessiert Politik natürlich der Mix auf der städtischen Stromrech-

nung", meint Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der Gladbecker Grünen. Derzeit, so rechnet der Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft vor, kommen bundesweit 10 Prozent des Stroms

aus erneuerbaren Energien, 30 Prozent aus Atomkraft und 60 Prozent aus fossilen Brennstoffen. Pro Kilowattstunde entstehen 550 Gramm Kohlendioxid und 0,0008 Gramm Atommüll. "So kann also anschaulich errechnet werden, wie viel Atommüll und Kohlendioxid die Stadt Gladbeck jährlich produziert."

Besonders pikant halten die Gladbecker Grünen diese Frage angesichts der letzten Ausschreibung für die Stromversorgung der städtischen Verwaltung, wo es nur einen Bewerber gegeben hat - die Emscher-Lippe GmbH, eine Tochter des RWE. "Es ist schon verwunderlich, dass sich bei einer europaweiten Ausschreibung nur ein Anbieter meldet und darüber hinaus noch der regionale. Nicht nur die Hochspannungsmasten aus der Vorkriegszeit sagen uns also, dass es auf dem Strommarkt nicht zu viel Wettbewerb gibt, sondern zu wenig: Offenbar zu Lasten des Verbrauchers und der Umwelt", ergänzt Mario Herrmann.

→ [weitere Infos im Netz](#)

„Besonders interessiert Politik natürlich der Mix auf der städtischen Stromrechnung!“

Energiewirtschaftsgesetz

§ 42 (1) Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind verpflichtet, in oder als Anlage zu ihren Rechnungen [...] anzugeben:

1. den Anteil der einzelnen Energieträger (Kernkraft, fossile und sonstige Energieträger, erneuerbare Energien) an dem Gesamtenergieträgermix, den der Lieferant im letzten oder vorletzten Jahr verwendet hat; spätestens ab 15. Dezember eines Jahres sind jeweils die Werte des vorangegangenen Kalenderjahres anzugeben;
2. Informationen über die Umweltauswirkungen zumindest in Bezug auf Kohlendioxidemissionen (CO₂-Emissionen) und radioaktiven Abfall, die auf den in Nummer 1 genannten Gesamtenergieträgermix zur Stromerzeugung zurückzuführen sind.

→ [zum gesamten Gesetztext](#)

→ [Emscher Lippe Energie GmbH](#)



Wieviel Atomstrom verbraucht die Stadt Gladbeck?

Vestische Arbeit: Weitere Reformen sind unerlässlich für den Erfolg

In der Sitzung des Sozialausschusses am 06.12.2005 haben Bündnis 90/Die Grünen Gladbeck den Antrag gestellt, dass die Bezirksleitung Gladbeck der Vestischen Arbeit sich für eine Lohnanhebung derjenigen Fallmanager einsetzt, die von der Agentur für Arbeit entsandt worden sind. Immer noch ist hier - trotz gleicher Arbeit - ein Lohngefälle vorhanden, dass durch die Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses, die städtischen Mitarbeiter der Vestischen Arbeit Gladbeck zu befördern, noch verstärkt worden ist.

Herr Aspöck hat, wie in der gestrigen Sitzung deutlich wurde, das Problem schon erkannt und sieht die Tarifreform im Öffentlichen Dienst (TvöD) als Gelegenheit, die Fallmanagerinnen und -manager von Stadt und Agentur auf das gleiche Lohnniveau zu heben. Hier geht es nicht nur um Gerechtigkeit - die Vestische Arbeit hat trotz vieler Startschwierigkeiten in den letzten Monaten immense Arbeit geleistet. Obwohl von der Agentur für Arbeit mit einer fehlerhaften Software versorgt, so dass viele Daten manuell eingegeben werden mussten, hat jeder, der einen Antrag auf Arbeitslosengeld II gestellt hat, am 02. Januar 2005 pünktlich zum ersten Mal Geld von der ARGE erhalten. Weitere Fallmanager sollen baldigst eingestellt werden.

"Wir freuen uns sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss nach der teilweise irreführenden Diskussion der letzten Monate unserem Beschlussentwurf sehr positiv zugetan waren und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Vesti-

schen Arbeit Gladbeck einvernehmlich gewürdigt haben", so Eva-Maria Stuckel weiter. Das sei nicht nur eine Frage der Fairness gegenüber denjenigen, die ohne Grund für die Bundespolitik haftbar gemacht werden. "Die spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ist auch auf Hartz IV und die Bündelung der Kräfte in der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen - statt den Kräften der Beharrung zu gehorchen, die als Antwort auf der Globalisierung nur die unseelige Wiederkehr eines eingemauerten Sozialismus kennen, müssen die Reformen weitergehen."

„Die Vestische Arbeit sieht sich in der Pflicht, neben dem gesetzlichen Auftrag, sich besonders um erwerbslose Menschen unter 25 zu kümmern, Eingliederungsprogramme für besondere Zielgruppen wie z.B. ältere Menschen zu schaffen!“

Bis jetzt wurden mit ca. 50 Prozent der erwerbsfähigen ALG-II-Bezieher in Gladbeck Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen. Auch sieht sich die Vestische Arbeit in der Pflicht, neben dem gesetzlichen Auftrag, sich besonders um erwerbslose Menschen unter 25 zu kümmern, Eingliederungsprogramme für besondere Zielgruppen wie z. B. ältere



Eva-Maria Stuckel ist Mitglied des Gladbecker Sozialausschusses

Arbeitslose zu schaffen. Neben der Beschäftigung in so genannten 1-Euro-Jobs, die bei manchen freien Trägern in bis zu 25 Prozent Langzeitarbeitsverträgen münden, gibt es auch tarifvertraglich bezahlte Beschäftigungsmaßnahmen. Eva-Maria Stuckel, Vertreterin der Grünen im Sozialausschuss: "Wichtig ist uns, dass die in 2005 noch nicht verausgabten Gelder der Vestischen Arbeit in das Jahr 2006 übernommen werden können. Als strukturschwache Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit können wir es uns nicht leisten, Geld nach Berlin zurückzuschicken - das Geld gehört denjenigen, die damit in Arbeit vermitteln werden sollen!"

Diskussionen von der WASG und der DKP und anderen Teilen der Vereinigten Linken über einen Armutsbericht sichern jedoch nur Arbeitsplätze von gut verdienenden Forschungsinstituten - und binden Kräfte in der Verwaltung, die wir für die Umsetzung der Projekte des Gladbecker Familienfonds dringend benötigen. Vielfältige Unterstützungssysteme sind in unserer Gesellschaft als einer sozial definierten Marktwirtschaft schließlich vorhanden, sie entbinden den Einzelnen jedoch nicht der Verantwortung für die eigene Lebensführung. "Am Anfang stehen der Mensch und die Gesellschaft, nicht der Staat", so Mario Herrmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, "wo der Staat an erster Stelle stehen soll, beginnt der Weg zur Diktatur - und es ist gerade einmal 16 Jahre her, dass damit auf deutschem Boden Schluss gemacht wurde."

→ der Antrag im Netz



Sitz der ARGE in Gladbeck

„Die Vestische Arbeit hat trotz vieler Startschwierigkeiten in den letzten Monaten immense Arbeit geleistet!“



Neue Ideen für neue Jobs



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Frohe Weihnachten...

Von drauß, vom Walde komm ich her; ich muß euch sagen, es weihnachtet sehr! Allüberall auf den Tannenspitzen sah ich goldene Lichtlein sitzen, und droben aus dem Himmelstor sah mit großen Augen das Christkind hervor.

Und wie ich so stolcht durch den finsternen Tann, da rief's mich mit heller Stimme an: "Knecht Ruprecht", rief es, "alter Gesell, hebe die Beine und spüte dich schnell!"

Die Kerzen fangen zu brennen an, das Himmelstor ist aufgetan, Alte und Junge sollen nun von der Jagd des Lebens einmal ruhn; und morgen flieg' ich hinab zur Erden, denn es soll wieder Weihnachten werden!"

Ich sprach: "O lieber Herr Christ, meine Reise fast zu Ende ist; ich soll nur noch in

diese Stadt, wo's eitel gute Kinder hat."

"Hast denn das Säcklein auch bei dir?" Ich sprach: "Das Säcklein, das ist hier; denn Äpfel, Nuß und Mandelkern essen fromme Kinder gern."

"Hast denn die Rute auch bei dir?" Ich sprach: "Die Rute, die ist hier; doch für die Kinder nur, die schlechten, die trifft sie auf den Teil, den rechten."

Christkindlein sprach: "So ist es recht; so geh mit Gott, mein treuer Knecht!"

Von drauß, vom Walde komm ich her; ich muß euch sagen, es weihnachtet sehr!

Nun sprecht, wie ich's hierinnen find! Sind's gute Kind, sind's böse Kind?

